

Press release

Deutsches Studentenwerk

Stefan Grob

12/13/2006

<http://idw-online.de/en/news189292>

Science policy
interdisciplinary
transregional, national

Hochschulpakt: Deutsches Studentenwerk fordert Investitionen auch ins BAföG und die soziale Infrastruktur

Das Deutsche Studentenwerk (DSW), der Dachverband der 61 Studentenwerke in Deutschland, fordert Bund und Länder auf, nach dem Hochschulpakt für zusätzliche Studienplätze nun auch ins BAföG und die soziale Infrastruktur des Studiums zu investieren. DSW-Präsident Prof. Dr. Rolf Dobischat sagte in Berlin: "Was bringen neue Studienplätze, wenn den Studierenden das Dach über dem Kopf fehlt?"

Das Deutsche Studentenwerk (DSW), der Dachverband der 61 Studentenwerke in Deutschland, begrüßt den heute von den Ministerpräsidenten der Länder beschlossenen Hochschulpakt, mit welchem bis zum Jahr 2010 rund 90.000 zusätzliche Studienplätze geschaffen werden sollen. Gleichzeitig appelliert DSW-Präsident Prof. Dr. Rolf Dobischat an Bund und Länder, nun auch das seit 2001 stagnierende BAföG zügig zu verbessern und ein Investitionsprogramm für die sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Studiums aufzulegen. Dobischat sagte in Berlin: "Die Exzellenzinitiative stärkt die Forschung in Deutschland, der Hochschulpakt ist ein erster, wichtiger Schritt hin zu mehr Studienplätzen. Allerdings sind nun auch flankierende Investitionen in die soziale Infrastruktur des Studiums notwendig. Denn was bringen neue Studienplätze, wenn den Studierenden das Dach über dem Kopf fehlt?" Die bis 2020 zusätzlich zu erwartenden Studierenden seien ebenso wie die derzeit an Deutschlands Hochschulen eingeschriebenen rund zwei Millionen dringend auf preisgünstigen Wohnraum, gute Verpflegung, vor allem aber auf eine solide Studienfinanzierung und umfassende Beratung angewiesen, so Dobischat.

Neben dem Ausbau von Wohnplätzen sowie Verpflegungs- und Beratungsangeboten sieht Dobischat einen erheblichen Reformbedarf beim BAföG, das seit 2001 nicht mehr an die Preis- und Einkommensentwicklung angepasst wurde. "Mit dem Hochschulpakt senden Bund und Länder an die zukünftigen Studierenden das Signal, dass sich die Politik ernsthaft um mehr Studienplätze bemüht. Ich erwarte nun auch das Signal, dass die Politik auch mit einer soliden staatlichen Studienfinanzierung ernst meint, um mehr Studienberechtigte aus einkommensschwächeren Elternhäusern zu mobilisieren", sagte Dobischat.

Junge Menschen, die vor der Entscheidung stehen, ob sie studieren sollen, würden nicht nur auf die Qualität der Lehre achten, meinte Dobischat, sondern auch auf die sozialen Rahmenbedingungen eines Studiums und vor allem auf das BAföG. "Gerade für Studienberechtigte aus einkommensschwächeren Familien ist es alles andere als nebensächlich, ob sie sich preisgünstig verpflegen, ob sie preisgünstig wohnen können", sagte Dobischat. Das beste Argument, um mehr junge Menschen aus allen Schichten für ein Studium zu mobilisieren und die Studienanfängerzahlen wieder anwachsen zu lassen, sei jedoch ein starkes BAföG, ist der DSW-Präsident überzeugt.